

**SPD-MOTTO: WIE KANN MAN DIE BEREITS HOCHBELASTETEN  
BÜRGER NOCH MEHR SCHRÖPFEN?**

# **„Bodenwertzuwachssteuer“ – das neueste Bonmot von Esken/Borjans**



Von CANTALOOP | Die liebe reizende Dame auf dem oberen Bild, von der wirklich nur böse Zungen behaupten können, sie pflege einen ausgesprochen gouvernantenhaften Stil und ihre verkniffene Lippenpartie korreliere extrem gut mit ihrem übrigen Habitus, wünscht sich zusammen mit ihrem Adlatus Norbert Walter-Borjans, dessen Hauptverdienst bislang der rechtlich höchst bedenkliche Ankauf von Steuer-CDs aus der Schweiz darstellte, eine deutlich höhere Besteuerung für Grundbesitzer.

Mittlerweile wissen wir, dass es in SPD-Kreisen innerparteilich einen überaus kreativen Think-Tank geben muss, an dessen Spitze sich die beiden Führungs-Profis Esken/Borjans bestens bewähren. Deren geistige Ergüsse gleichen nämlich vom Aufbau her einem Binär-Code und bestehen erstens aus Steuererhöhungen – und zweitens aus Gesetzesverschärfungen. Der Einfachheit halber und in Anlehnung an das sozialistische Ideal wird auf weitere Ideen verzichtet.

Ein Wortungetüm namens „Bodenwertzuwachssteuer“ ist somit die neueste Schöpfung der „schwäbischen Beißzange“ mit dem nordisch anmutenden Namen und ihrem physiognomisch eher unauffälligen Pendant an der SPD-Führungsspitze. Dieses neu erweckte Bürokratie-Monster war aus guten Gründen seit den 1940-er Jahren in der Versenkung verschwunden.

### **Sozialistische Luftschlösser ohne Mehrwert**

Was für ein hervorragender Impuls unserer progressiven Umverteiler, die selbst wieder einmal keinerlei eigene Werte schaffen, kein unternehmerisches Risiko eingehen, sondern nur „abschöpfen“ wollen. Selbstredend bei den vermeintlich „Reichen“, vulgo, beim bösen, bürgerlichen Klassenfeind.

„Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass auch private Grundbesitzer, die ohne weiteres Zutun durch die Umwidmung von Flächen zu Multimillionären werden, ihrer Kommune einen Teil davon zurückgeben müssen“, erklärte der kurz „Nowabo“ genannte Ex-NRW Finanzminister Borjans ihr edles Ansinnen der erstaunten Presse.

Nachdem dieses SPD-Dreamteam schon mit Forderungen nach Mietendeckel, Vermögenssteuer, Windbürgergeld, Grundrente sowie anderen Errungenschaften, die auch Walter Ulbrichts staubiger Mottenkiste entstammen könnten glänzte, entstand nun ein weiteres, spannendes Projekt, abseits des ebenfalls geforderten Tempolimits auf Autobahnen. Zum weiteren hemmungslosen Auspressen der wertschöpfenden Bevölkerung bestens geeignet.

Anstelle von dringend gebotennem Bürokratieabbau und Steuerverringerung schaffen diese erzlinken Traumtänzer zusätzliche Hürden für den dringend benötigten Wohnungsbau und bremsen zudem private Häuslebauer aus. Rückschritt statt Innovation. Darüber hinaus ist vollkommen unklar, nach welchen marktwirtschaftlichen Kriterien so eine Art von Steuer überhaupt berechnet werden könnte, um halbwegs gerecht zu

sein.

Wie nicht anders zu erwarten einmal mehr eine gedanken- und visionslose Marxisten-Utopie, die sich in ihrer betonköpfigen Verbohrtheit eher am allseits bekannten Sozi-Muff als an der Neuzeit orientiert. Ob die Bürger wirklich solcherlei Experimente goutieren, wird sich bei den nächsten Umfragewerten zeigen. Wir wünschen: Glück auf, Genossen!

---

## Connewitz: Mildes Urteil im Prozess gegen Silvestertäter Satpal A.



Von JOHANNES DANIELS | Sachsens neue Justizministerin mit ihrem BRAND-aktuellen Internet-Hit „Advent, Advent, ein Bulle brennt“ (PI-NEWS berichtete) hat allen Grund, stolz auf ihren linksstaatlichen Justizapparat zu sein: Im Schnellverfahren hat das Leipziger Amtsgericht acht Tage nach der Silvester-Randale am Connewitzer Kreuz ein erstes Urteil gefällt. Der 27-jährige Linksfaschist Satpal A. erhielt eine drastische „Bewährungsstrafe“ und soll zudem Arbeitsstunden im „sozialen Bereich“ ableisten.

Satpal, der an den brutalen Silvester-Straßenschlachten gegen Polizeieinsatzkräfte am Connewitzer Kreuz maßgeblich beteiligt war, ist am Mittwoch vom Leipziger Amtsgericht in

einem beschleunigten Verfahren verurteilt worden und erhielt eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. Zudem muss er 60 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Der derzeit arbeitslose „Straßenkünstler“ hatte zuvor zugegeben, gegen 1.15 Uhr in einer Seitenstraße des Connewitzer Kreuzes einem rennenden Polizisten ein Bein gestellt zu haben. Der Beamte stürzte und erlitt Schmerzen am Arm und am Knöchel.

Satpal A. wurden der tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte, vorsätzliche Körperverletzung und Widerstand gegen die Polizei vorgeworfen – das Urteil entsprach weitgehend der Forderung der Staatsanwaltschaft. Verteidiger Andreas Meschkat hatte für eine Geldstrafe gemäß dem derzeit mittelguten Arbeitseinkommen des AntiFa-Terroristen plädiert.

Gemäß seinem Verteidiger entschuldigte sich Satpal in der Verhandlung und könne sich nicht erklären, warum er das gemacht habe. „Das war eine riesengroße Dummheit“, sagte er. Nach der Verhandlung kam er sofort auf freien Fuß. Das Urteil ist rechtskräftig.

Der Linksterrorist war einer der lediglich vier Verdächtigten, die nach den Krawallen von der Polizei festgenommen worden waren. Drei 29 bis 32 Jahre alte Männer sitzen weiterhin in Untersuchungshaft. Sie hatten in der Silvesternacht im „linksalternativen“ Stadtteil Connewitzer Kreuz in Leipzig Böller, Flaschen und Steine auf Polizisten geworfen haben und dabei mehrere Polizisten verletzt. Ein 38 Jahre alter Beamter wurde dabei schwer verletzt und musste im Krankenhaus notbehandelt werden.

Weitere Schnellverfahren sind nach Angaben der Leipziger Staatsanwaltschaft aktuell nicht geplant. Die Tatvorwürfe seien bei den anderen drei Beschuldigten schwerer. „Weitere Ermittlungen sind nötig“, erklärte Behördensprecher Ricardo Schulz am Dienstag der LVZ. Die Fälle würden sich deshalb nicht für Schnellverfahren eignen. Insgesamt laufen nach den

Krawallen Ermittlungen gegen zwölf Verdächtige.

Der 27-jährige Zwickauer Satpal, der in Leipzig bei und von seiner Freundin lebt, wurde am Mittwoch innerhalb von nur 55 Minuten verurteilt. Satpal A., der zur Tatzeit betrunken (1,1 Promille) war, muss auch keine Strafe zahlen. Einsicht zeigte der Mann jedoch nicht. Er rechtfertigte den Angriff auf die Polizei vielmehr: Er sei das erste Mal zu Silvester am Connewitzer Kreuz gewesen. Bevor er den Beamten angriff, habe er gesehen, „wie Polizisten auf Zivilisten losgegangen seien“.

Die linksradikale „taz“ berichtet auf ihre Weise vom Blitzprozess:

### ***„Geburtstag in U-Haft***

*Schon direkt nach der Tat wurde der zuletzt Arbeitslose festgenommen. Wegen des fehlenden festen Wohnsitzes saß er bis zum Prozess in U-Haft, verbrachte dort auch seinen jüngsten Geburtstag. Indes: Was der 27-Jährige sich hat zuschulden kommen lassen, geschah weit später als die Tat, die nun als Mordversuch gilt und über die jetzt alle reden. [...]*

*Der Staatsanwalt fordert dagegen eine sechsmonatige Freiheitsstrafe. Dem schließt sich Richter Uwe Berdon an. Die sechs Monate setzt er auf zwei Jahre Bewährung aus, zudem muss Satpal A. 60 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. „Ich bin überzeugt, Sie werden so etwas nicht wieder tun“, sagt Berdon. Dennoch habe er eine Straftat begangen, einen Polizeieinsatz behindert und das staatliche Gewaltmonopol infrage gestellt.*

*Satpal A. atmet sichtlich auf. „Ich bleibe auf jeden Fall straffrei“, versichert er dem Richter sofort. A. lächelt, nimmt noch im Gerichtssaal das Urteil an. Sein Haftbefehl wird aufgehoben. Auch sein Verteidiger zeigt sich zufrieden“.*

---

# NRW-Bürgermeister will sich bewaffnen – er fühlt sich von „Rechten“ bedroht



In Zeiten, in denen die Bürger täglich damit rechnen müssen von Merkels Neo-Plus-Deutschen aus diversen Gewaltdkulturen gemessert, erschlagen oder vergewaltigt zu werden, ihnen vermehrt vom Staat verharmloste Gewalt von links droht und ihnen zunehmend der Zugang zu Waffen verwehrt werden soll, sogar das nichtgenehmigte Mitführen von Pfefferspray unter Strafe steht, fordert ein Bürgermeister aus NRW das Recht sich zu bewaffnen, weil er sich von „Rechten“ bedroht fühlt.

Wie die „Rheinischen Post“ berichtet begehrt ein nicht namentlich genannt werden wollender Bürgermeister einer NRW-Gemeinde die Erlaubnis zum Führen einer schussbereiten Waffe, wegen seiner „besonderen Gefährdungslage“ von rechts.

Die zuständige Polizeibehörde verweigerte dem sich von Mails und Hass im Internet bedroht fühlenden Politiker die Erlaubnis. Die Gefährdungslage reicht offensichtlich nicht aus. In der Regel erhalten diese Genehmigung sinnvollerweise Richter und Staatsanwälte, die im Bereich der organisierten Kriminalität agieren. Der sich bedroht und nun auch unverstanden fühlende Bürgermeister brachte nun Klage beim Düsseldorfer Verwaltungsgericht ein, um sein Anliegen

durchzusetzen. Die Verhandlung ist für den 21. Januar angesetzt.

Insgesamt zeichnet der Fall eine fatale Entwicklung. Während sich bis an Zähne bewaffnete Araber- und Zigeunerclans in unseren Straßen tummeln, Gewalt von Linken und die Verbrechen gegen Leib und Leben der Bürger seitens der ins Land gebetenen Mörder, Schläger und Frauenschänder verharmlost oder verschwiegen werden sollen, wollen sich nun sogenannte Volksvertreter bewaffnen, um auf die eigenen Bürger schießen und diese, im engsten Sinn des Wortes, mundtot machen zu können.

Demnächst heißt es vielleicht, Vorsicht beim Besuch im Rathaus, ihr Bürgermeister könnte bewaffnet sein. (lsg)

---

## Deutsche Außenpolitik bei Mutti Merkels Eunuchen



Von KEWIL | Die Bundeswehr hat wegen der neuesten Krise in Nahost Truppen aus dem Irak abgezogen, zum Beispiel 32 Soldaten aus Tadschi und sechs von woanders und ein paar von noch woanders. Schon diese Zahlen zeigen den Witz des ganzen wirren Einsatzes, obwohl die kleine CDU-Kanzlerkandidatin erst kürzlich noch mehr schicken wollte.

Wir haben auch Soldaten in Mali, im Sudan und Jemen, in der

Westsahara und sonstwo und natürlich in Afghanistan, siehe Foto oben. Man sieht, wie bei der Bundeswehr ausgebildete Taliban hinter Mauern und Stacheldraht mit Holzgewehren schießen.

Lassen wir mal die Weiberarmee, die von Merkel und Flintenuschi von der Leyen (jetzt EU) so herunter gewirtschaftet wurde, dass unsere Armee zwar eine Kita hat und für Schwule, Lesben und Diverse offen ist, aber kaum Hubschrauber, die fliegen, oder eine Marine im Wasser statt im Trockendock kennt.

Vom Außenministerium fliegt ein Minister mit stolzgeschwellter Hühnerbrust durch die Welt, von der EU zur Nato, zur UNO und will auf jeder Konferenz sein, redet überall, will vermitteln, gibt gute Ratschläge, aber niemand hört dem Handtuch zu. Warum?

Nun, die ganze Welt hat längst gemerkt, dass Deutschland auf dem absteigenden Ast sitzt und nichts mehr auf die Reihe kriegt. Der weltweite Spitzenplatz in der Autoindustrie wird gerade auch noch grün verschrottet. Nur unsere Kohle nimmt jeder gern.

Neben China, den USA und anderen Spitzenmächten sind wir längst abgeschlagen, und das wird trotz EU auf Dauer so bleiben. Das sollte unsere Politik aber gerade nicht hindern, endlich eigene nationale Interessen zu vertreten, also genau das, was alle Nationen auf dieser Erde tun, nur Germoney nicht.

Anstatt auf jeder Konferenz weltweit Millionen und Milliarden zu verteilen, sollte man gerade das Gegenteil tun und Gambia und anderen Schlitzohren die Entwicklungshilfe z.B. streichen, wenn sie ihre „Geflüchteten“ nicht mehr zurücknehmen möchten.

Warum müssen wir jeden sinnlosen US-Boykott mitmachen? Die Blockade Russlands wegen der Krim hat unsere Landwirtschaft bereits hunderte Millionen Euro gekostet. Putin wird die Krim



trotzdem behalten.

Wie kann es sein, dass die Amerikaner uns dazu zwingen wollen, Nordstream 2 kurz vor Vollendung zu beerdigen und ihr teures Erdgas zu beziehen? Ohne Rohstoffe brauchen wir so viele verschiedene Energiequellen wie nur möglich. Wo bleibt da ein lauter Aufschrei?

Wie kann es sein, dass die deutsche Politik sich selber aufgibt und unsere Staatskasse den Franzosen in Brüssel zur Plünderung übergeben will? Wieso darf eine demokratisch nicht legitimierte Einzelperson an der Spitze der EZB unser Geld veruntreuen, Minuszinsen verhängen und diversen Nachbarstaaten Schulden in Billionen-Höhe erlauben, wobei wir bürgen?

Warum gelten bei uns Gerichtsurteile aus dem Ausland von Brüssel, Straßburg, Den Haag bis nach New York? Warum ist das höchste Gericht für Deutschland nicht auch in Deutschland?

Wie kann es sein, dass wir unsere Grenzen nicht mehr selber sichern und uns einem türkischen Sultan unterwerfen und ihm Milliarden an Tribut zahlen, wonach er uns gleich wieder erpresst?

„Nation“ ist bei uns sogar ein Schimpfwort, aber nur bei uns. In allen anderen Ländern dieser Welt herrscht ein gesunder Egoismus. Gerade weil wir längst ein zweitrangiges Staatsgebilde sind, müssen wir uns bei allen Entscheidungen zwingend nach unseren eigenen Interessen richten. Nur so können wir uns in der zweiten Reihe behaupten, sonst fliegen wir dort auch noch raus.

---

# Aus dem Protest ist ein Flächenbrand geworden



Von MARKUS GÄRTNER | Die Proteste gegen das inzwischen gelöschte Skandal-Video des WDR nehmen kein Ende. Im Gegenteil, aus der Protestwelle ist längst ein Flächenbrand geworden. Erzürrnte Tweets, verschiedene Boykottaufrufe, wütende Briefe an den Intendanten, Demonstrationen vor dem Funkhaus in Köln, bei denen von Linksextremisten harmlose Bürger angegriffen werden. Währenddessen geht die skandalöse „Berichterstattung“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerade so weiter wie bisher.

Beim ZDF lasen wir gestern zum Jahrestag des Massakers in den Redaktionsräumen von Charlie Hebdo vom „Streit zwischen islamischer und christlicher Welt“. Hier geht es jedoch um eine Terrorwelle von Islamisten. Immer wieder werden Kritiker der Einwanderung und auch solcher Anschläge ermahnt, nicht alle Moslems in einen Topf zu werfen. Das ÖR Fernsehen gehört zu diesen Wächtern der Korrektheit – und „Orientierungsmaschinen“, wie die NZZ den WDR nannte – dazu, begeht aber genau dieselbe Dummheit.

Egal, es kann uns keiner. Das scheint die Einstellung im ÖRR zu sein. Dessen Zwangsgebühren-Eintreiber haben dieser Tage – mitten im wogenden Protest – erneut Erzwingungshaft gegen eine säumige Zwangs-Kundin erwirkt. Wie einfühlsam und auf Deeskalation bedacht!

Und während der Protest weiter wogt – und die Aufrufe im

Internet zum Gebühren-Boykott ständig zunehmen – schlagen viele Mainstream-Medien zurück: Der Tagesspiegel fragt scheinheilig, „Worum es in der Kritik an ARD, ZDF und Co wirklich geht“ und gibt in der Unterzeile seines Berichtes gleich selbst die Antwort: „Eine Trollarmee zieht gegen die öffentlich-rechtlichen Sender zu Felde“. Wer dermaßen polemisiert und verzerrt, heizt das Klima nur weiter an und beschleunigt die Flucht des Publikums von den völlig einseitig berichtenden Anstalten. So schrieb die Frankfurter Rundschau gar: „Rechter Aufmarsch vor dem WDR“, als sie die zweite Demo vor dem Funkhaus in Köln beschrieb.

Inzwischen verlangt das Publikum Sammelklagen, das Ende des ÖR-Systems, die Bestrafung der Mitarbeiter am Skandal-Video, die Reduzierung oder Streichung der Rundfunk-Gebühren sowie das Einstampfen überflüssiger Kapazitäten und das Ende der Indoktrination. Viele dieser Stimmen haben wir im vorliegenden Video eingefangen. Das Filmchen ist eine Blütenlese des massiven Protests aus allen Teilen des Landes und aus allen politischen Ecken im System. Das Märchen von den „rechten Trollen“ ist damit hoffentlich ein für alle mal entlarvt – wenn auch sicher gerne weiterverbreitet wird.

---

*(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von „Das Ende der Herrlichkeit“ und „Lügenpresse“, war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin „Privatinvestor Politik Spezial“)*

---

# #0magate sorgt weiter für Proteste und linke Übergriffe



Von MARKUS WIENER | Das #0magate sorgt weiter für Proteste und Unruhe am Sitz der WDR-Zentrale in Köln. Neben verschiedenen Demos für und gegen den WDR am vergangenen Wochenende und einer spektakulären Aktion der Identitären Bewegung (PI-NEWS berichtete) zeigte auch die AfD vor Ort Präsenz.

Mitglieder des Landesvorstandes, darunter Parteivize Matthias Helferich, und des Kölner Kreisverbandes führten unter den wachsamen Augen zahlreicher anderer Medienvertreter einen Infostand und eine Flugblattverteilung durch (siehe Fotos und Video unten).

Die NRW-Landtagsfraktion der AfD setzte zudem das Thema auf die Tagesordnung des Landtages, was prompt seinen Niederschlag in der nicht GEZ-zwangsgeldgebührenfinanzierten überregionalen Presse fand.

Die politisch überwiegend links stehenden WDR-Redakteure pflegen dagegen trotz des Umweltsau-Debakels fleißig weiter ihren schlechten Ruf und verunglimpften die Bürgerproteste in einer Erklärung als "einen offenbar von Rechtsextremen orchestrierten Shitstorm" (PI-NEWS berichtete).

WDR-liche Hetze der üblichen Art also, die geeignet erscheint, schlichtere Gemüter zu noch böserem Tun zu ermuntern. Jedenfalls beließen es bisher unbekannte Täter nach dem Protestwochenende nicht beim Austausch von Worten (bzw. Grölen von Parolen), sondern starteten einen nächtlichen Angriff auf

das in der Nähe befindliche Wahlkreisbüro der Kölner AfD-Bundestagsabgeordneten.



Helferich im WDR-Interview.



Polizeischutz vor Linksextremisten.

Dabei ließen sie die linke „Umweltsau“ heraus und beschmierten den Eingangsbereich des Geschäftshauses am belebten Heumarkt. Hierzu erklärt MdB Jochen Haug, frisch gewähltes AfD-Bundesvorstandsmitglied und betroffenes Anschlagsopfer: „Der Anschlag verdeutlicht die kriminelle Energie der Antifa-Szene in Köln. Leider zeigt sich nicht zuletzt die Kölner Oberbürgermeisterin Reker immer wieder auf dem linken Auge blind. Die AfD fordert klare Kante gegen Extremisten jeder Couleur und ein Ende öffentlicher Zuwendungen der Stadt an die linksautonome Szene!“

Leider ist aber anzunehmen, dass bei einer tatsächlichen politischen Wende im Land, Köln wohl zu den letzten Städten gehören wird, wo ein anderer Wind Einzug halten wird. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, gilt es auch in solchen Brennpunkten, die von den Altparteien über Jahrzehnte geschaffenen verkrusteten Strukturen mit Vehemenz zu durchbrechen.



Markus Wiener.

*PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Ma  
rk  
us  
Wi  
en  
er  
sc  
hr  
ei  
bt  
be  
vo  
rz  
ug  
t  
zu  
Kö  
ln  
er  
un  
d  
ta  
ge  
sp  
ol  
it  
is*

ch  
en  
Th  
em  
en  
fü  
r  
di  
es  
en  
Bl  
og  
.  
De  
r  
Po  
li  
to  
lo  
ge  
un  
d  
ge  
le  
rn  
te  
Jo  
ur  
na  
li  
st  
is  
t  
pa  
rt  
ei  
lo

se  
s  
Mi  
tg  
li  
ed  
de  
s  
Kö  
ln  
er  
St  
ad  
tr  
at  
es  
un  
d  
de  
r  
Be  
zi  
rk  
sv  
er  
tr  
et  
un  
g  
Ch  
or  
we  
il  
er  
. Se  
it



üb  
er  
20  
Ja  
hr  
en  
wi  
dm  
et  
er  
se  
in  
po  
li  
ti  
sc  
he  
s  
un  
d  
pu  
bl  
iz  
is  
ti  
sc  
he  
s  
En  
ga  
ge  
me  
nt  
de  
r  
pa  
tr

io  
ti  
sc  
he  
n  
Er  
ne  
ue  
ru  
ng  
De  
ut  
sc  
hl  
an  
ds  
. De  
r  
ge  
bü  
rt  
ig  
e  
Ba  
ye  
r  
un  
d  
dr  
ei  
fa  
ch  
e  
Fa  
mi  
li

en  
va  
te  
r  
is  
t  
üb  
er  
se  
in  
e  
Fa  
ce  
bo  
ok  
-  
Se  
it  
e  
er  
re  
ic  
hb  
ar  
.

---

**AfD klagt gegen  
„Verfassungsschutz“**



Von MANFRED ROUHS | Die AfD wird das Bundesamt für „Verfassungsschutz“ auf Unterlassen verklagen. Dem Parteivorstand liegen zwei Klageentwürfe der Kölner Kanzlei Höcker vor, über die in den nächsten Tagen entschieden werden wird.

Am 6. Januar war eine Frist abgelaufen: Die Kanzlei Höcker hatte dem „Verfassungsschutz“ Gelegenheit gegeben, auf die Einstufung des „Flügels“ der AfD sowie der „Jungen Alternative“ als rechtsextreme Verdachtsfälle ohne Rechtsstreit zu verzichten.

Die Behörde hatte im vergangenen Jahr die Zahl der „Rechtsextremisten“ in Deutschland dadurch ausgedehnt, dass sie die Mitglieder dieser beiden Gruppierungen als Verdachtsfälle einstufte. Dem „Flügel“ werden rund 8.000 Personen zugerechnet, also etwa jedes vierte AfD-Mitglied.

Das Amt stützt seine Vorwürfe auf die Annahme, die Kritik der AfD an der aktuellen Regierungspolitik der offenen Grenzen sei im Kern rassistisch motiviert. Zudem sei ein Verständnis vom Volk, das kulturelle und ethnische Aspekte berücksichtige, mit wesentlichen Verfassungsprinzipien und den Menschenrechten unvereinbar. Diese Einschätzung wird die AfD in dem jetzt anstehenden Rechtsstreit zurückweisen.

Der „Verfassungsschutz“ stützt seine Vorwürfe auf eine selektive Zusammenstellung von nicht durch Parteigremien autorisierte Äußerungen einzelner AfD-Mitglieder, die er jeweils aus dem Zusammenhang herausreißt. Dass sich bedeutende Repräsentanten der Altparteien wie beispielsweise Thilo Sarrazin (SPD), Peter Gauweiler (CSU) und Kai Wegner (Berliner

Landesvorsitzender der CDU) im Kern inhaltsgleich öffentlich geäußert haben, berücksichtigt die Behörde nicht.

Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ werden in wenigen Monaten „weitergehende Schritte der Beobachtung“ der AfD durch den „Verfassungsschutz“ anstehen.

---

# Staatlicher Angriff auf die Elternrechte durch Sexualisierung der Kinder



Von EUGEN PRINZ | „Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern“, drohte der damalige SPD-Generalsekretär und jetzige Bundesfinanzminister Olaf Scholz bereits im Jahr 2002. Wer sich die links-grün indoktrinierten Kinder und Jugendlichen im Deutschland des Jahres 2020 ansieht, weiß, wie weit fortgeschritten dieses Projekt schon ist.

## **Eltern passt auf – die Kinderrechte drohen!**

Nun geht die Bundesregierung noch einen Schritt weiter: Die „Kinderrechte“ sollten im Grundgesetz verankert werden. Dieser Begriff, der sich doch eigentlich sehr gut anhört – wer sollte etwas gegen „Kinderrechte“ haben? – ist Framing pur. Er bedeutet nämlich nichts anderes, als das grundgesetzlich garantierte Elternrecht auszuhöhlen und den Einfluss des

Staates auf die Erziehung der Kinder zu stärken.

Ein wichtiges Instrument hierfür ist die Sexualisierung von Kindern und Jugendlichen. Es wurde schon bei den Kommunisten als Mittel zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft durch Schwächung von Ehe und Familie eingesetzt. Ehe und Familie – diese beiden konservativen Faktoren stellen das Haupthindernis zur Durchsetzung links-ideologischer Ziele dar.

### **Eltern, aufgepasst!**

Eine streitbare Aktivistin von „Elternaktion“, einer Initiative des Vereins Ehe-Familie-Leben e.V., der sich für Elternrechte einsetzt, hat PI-NEWS einen Erfahrungsbericht aus ihrer täglichen Beratungspraxis zukommen lassen. Alles, was Sie jetzt gleich lesen werden, sind haarsträubende Fallbeispiele, die sich tatsächlich so zugetragen haben.

Also, Eltern, aufgepasst:

1. Tatort Kuschelecke: In der Kita will ein Junge einem anderen Kindergartenkind Legosteine in den Po schieben. Das Kind wehrt sich, will sich die Hose nicht ausziehen lassen. Später sieht er, dass der „Täter“ bei einem Mädchen Erfolg hat. Das Kind berichtet voll Entsetzen zu Hause seinen Eltern vom Erlebten. Diese sind fassungslos, konfrontieren die Erzieherin mit dem Bericht des Kindes und fordern, dass die Vorgänge in der „Kuschelecke“ umgehend untersucht und unterbunden werden. Weit gefehlt: Die Erzieherin drückt den verdutzten Eltern eine pädagogische Fachzeitschrift mit den Worten „ das ist entwicklungspsychologisch ganz normal“ in die Hände. Erst sehr deutliche Worte ringen der Erzieherin das Versprechen ab, dass sie so etwas nicht mehr zulassen wird.
2. In einer siebten Klasse sind bereits feinsäuberlich Holzpenisse in Reihe aufgestellt, als die Schüler und Schülerinnen das Klassenzimmer betreten. Kondome liegen

bereit, damit jeder und jede eifrig das „Überziehen“ üben kann. Eine Schülerin weigert sich und wird dafür von der Lehrkraft vor allen anderen lächerlich gemacht. Anscheinend steht nicht nur gemeinschaftliche Intimgeschicklichkeit, sondern auch Demütigung und Unterwerfung auf dem Lehrplan.

3. Eine Mutter erzählt, dass ihr Sohn, ein Zweitklässler, sehr gern in die Schule geht. Vor allem findet er seine junge Lehrerin sehr nett. Seltsam, dass er in den letzten Tagen so verstört wirkt. Die Mutter fragt beharrlich nach. Endlich berichtet der Junge: Die Lehrerin hat den Kindern die Aufgabe gestellt, genau zu überlegen, ob sie wirklich Junge oder Mädchen seien. Er habe lange nachgedacht, sei aber doch „wirklich ein Junge“, erklärt er. Die Mutter ist schockiert, in welche emotionalen Nöte die Lehrkraft ihr Kind gebracht hat und stellt diese zur Rede.
4. Eines Tages steht eine Schachtel im Klassenzimmer. Die Lehrkraft erklärt, dass die Kinder der vierten Grundschulklasse „alle Fragen über Sex“ einwerfen dürfen. „Anonym, natürlich, damit ihr euch auch traut, alles zu fragen!“ Alles wird von der Lehrkraft beantwortet werden. In der Pause prahlen gerade die verhaltensauffälligsten Mitschüler: „Wir werfen da ganz eklige Fragen rein!“ Zu Hause berichtet das Kind davon. Es hat Angst vor dem „ekligen Zeugs“. Die Mutter schreitet sofort ein. Sie bittet schriftlich um eine förmliche Stellungnahme der Lehrkraft und des Direktorats. Die Schachtel verschwindet so lautlos wie sie erschienen ist.
5. Das Kind mit Trisomie 21 (Down-Syndrom) ist tagsüber in einer staatlich anerkannten Einrichtung untergebracht. Es fühlt sich dort wohl und auch die Eltern sind glücklich, dass ihr Kind gute Förderung erhält, doch dann erfahren sie, dass auch sexuelle Stimulation Teil der Betreuung werden soll. Es werde darüber nachgedacht, sogenannte „Sex-Assistenten“ auf die behinderten

Jugendlichen loszulassen.

6. Müssen Schüler der sechsten Klasse wirklich die „Lebensweisheiten“ eines Pro-Familia-Referenten ertragen, der allen Ernstes behauptet, dass man sich „natürlich“ auch in eine Kartoffel verlieben kann?
7. Oder wie steht's mit der Behauptung eines Biologielehrers, es sei „gar kein Problem das Geschlecht zu wechseln“? „Ein paar OPs, mehr braucht es nicht“ (selbstverständlich kein Wort darüber, dass ein „Umoperierter“ sein Leben lang Hammer-Hormone schlucken muss, um die Illusion des „Geschlechtswechsels“ aufrecht zu erhalten).
8. Soll die Lesefreude der Schüler durch Schullektüre gesteigert werden, die gespickt ist mit Beschreibungen von Depression, Selbsttötung, sexuell aufgeladener Sprache, dazu passenden Aktivitäten, Gewaltexzessen, kaputten Familien mit halbkriminellen, fluchenden Vätern, gefühlskalten, beziehungsunfähigen Müttern, verhaltensauffälligen und nervigen Kindern?
9. Gern werden auch Reisebusse gechartert, um ganze Schulklassen zu Theaterstücken wie „Was heißt hier Liebe?“ zu kutschieren. Dagegen ist die anonyme Sex-Fragenbox ein Ponyhof. Spätestens beim Abendessen erfahren die überraschten Eltern dann, welche „kultureller Hochgenuss“ ihren Kindern den Appetit verdorben hat.

In Zeiten, in denen kleine Mädchen ihre Omas öffentlich-rechtlich als „alte Umweltsau“ besingen, wundert es nicht, dass Kinder auch in staatlichen Schulen zum Ziel und Mittel des gesellschaftlichen Umbaus benutzt werden.

### **Die Oma als „Umweltsau“ – ein Menetekel**

Das fröhliche Lächeln in den Gesichtern der kleinen Mädchen des WDR-Kinderchors bei der Zeile „Unsere Oma ist ne alte Umweltsau“ sollte ein Alarmsignal sein, das uns aufschreckt:





Screenshot WDR-Kinderchor beim Singen von „Meine Oma ist ne alte Umweltsau“. Man beachte das fröhliche Lächeln der indoktrinierten Kinder.

Hier wird vorsätzlich der Spaltpilz in die Familien getrieben, um das letzte Gegengewicht zur staatlichen Einflussnahme auf den Nachwuchs zu schwächen. Doch zurück zum eigentlichen Thema, der Früh-Sexualisierung der Kinder.

### **Sigmund Freud brachte es auf den Punkt:**

*„Der Verlust des Schamgefühls ist das erste Zeichen von Schwachsinn... Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig; die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Mißachtung der Persönlichkeit des Mitmenschen.“*

*(Quelle: Sigmund Freud, Gesammelte Werke, Band 7, S. 14)*

So, liebe Eltern, jetzt wissen Sie, was sich inzwischen an unseren Schulen und Kindergärten abspielt. Kinderrechte ins Grundgesetz bedeutet, dass linksgrüne Ideologen ihre Klauen noch tiefer in das Fleisch unserer Jüngsten schlagen können.

Deshalb: Aktiv werden, bevor die Elternrechte ausgehebelt

werden:

» Tipps zur Gegenwehr von Eltern und Familien unter [www.elternaktion.de](http://www.elternaktion.de)

» Hier mit einer Petition aktiv werden, bevor die Elternrechte von den Kinderrechten ausgehebelt werden!

---



*Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog [zuwanderung.net](http://zuwanderung.net). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» *Twitter Account des Autors.*